



Niederschrift

**über die Sitzung
des Sozialausschusses
am 10.09.2020**

Anwesend

- Vorsitz

Dr. Eckart Lensch

- Mitglieder

Kerstin Bub
Christine Eckert
Ruth Jaensch
Ellen Kubica
Karsten Lange
Konrad Lüttig
Bodo Noeske in Vertretung für Francesca Beyer
Tupac Orellana
Bernd Quick
Jana Schneiß
Claudia Siebner
Karsten Sieling

- beratende Mitglieder

Kerstin Diefenbach
Diana Rizkalla
Jeanette Carlé in Vertretung für Gaby Göbig-Fricke

Entschuldigt fehlen

- Mitglieder

Francesca Beyer
Kamil Ivecen
Myriam Lauzi
Uta Schmitt

- beratende Mitglieder

Jens Carstensen
Klaus Engelberty
Gaby Göbig-Fricke

- Schriftführung

Monika Besch

Tagessordnung

a) öffentlich

1. Antrag 1101/2019 DIE LINKE "Gesundheit ist ein Menschenrecht - kommunale Fallkonferenzen schaffen"
2. Aktueller Sachstandsbericht zur Flüchtlingssituation
3. Sachstandsbericht zum Antrag 1732/2019 Bündnis 90/Die Grünen;
4. 2. Bericht zur Situation der gemeindenahen Psychiatrie in Mainz
5. Sachstandsbericht zu Antrag 1971/2019
6. Partnerschaftliche Baulandbereitstellung - Infrastrukturbeitrag und Wohnraumförderung
7. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 21.11.2019
8. Mitteilungen
 - 8.1. Bericht zur Vorlage 1128/2020 Gespräch mit Wohnsitzlosen (CDU)
9. Kuratorium der Jakob-Wucher-Stiftung

b) nicht öffentlich

10. Grundstücksangelegenheit
11. Grundstücksangelegenheit
12. Mitteilungen

Der Vorsitzende eröffnet um 16.30 h Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Bei Frau Myriam Lauzi sind die Sitzungsunterlagen verspätet eingegangen. Sie hat jedoch schriftlich erklärt, dass sie gemäß § 34 Abs. IV GemO auf die Geltendmachung der Form- und Fristverletzung verzichtet, sodass die Verletzung als geheilt gilt.

Hinsichtlich der Tagesordnung teilt die Verwaltung mit, dass TOP 6 zurückgezogen wird. Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde Beratungsbedarf angemeldet.

Einwendungen gegen die geänderte Tagesordnung werden nicht geltend gemacht.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

Punkt 1 **Antrag 1101/2019 DIE LINKE "Gesundheit ist ein Menschenrecht - kommunale Fallkonferenzen schaffen";** **Berichterstattung Prof. Gerhard Trabert, Verein Armut und Gesundheit**

Da sich Prof. Trabert verspätet, wird der Tagesordnungspunkt zeitlich nach TOP 4 behandelt.

Herr Prof. Trabert stellt das Konzept „kommunale Fallkonferenzen für Menschen ohne (ausreichenden) Krankenversicherungsschutz“ vor. Derzeit leben in Deutschland ca. 143.000 Menschen ohne Krankenversicherung. Das primäre Ziel der kommunalen Fallkonferenz ist eine Reintegration in bestehende krankenversicherungsrechtliche Versorgungsstrukturen. Die Fallkonferenzen seien wichtig, da eine Unterversorgungssituation zu beobachten sei. Außerdem ist bei lebensbedrohlichen Erkrankungen ein schnelles Agieren erforderlich. Auch die Re- bzw. Integration in das Gesundheits- und Sozialleistungssystem dauert zu lange, sofern sie überhaupt möglich ist. Eine kommunale Fallkonferenz könnte zweimal im Jahr geplant stattfinden und bei akuten „Not-Fällen“ einberufen werden.

Wesentlicher Bestandteil wäre auch die Schaffung eines Behandlungsfinanzierungsfonds mit unterschiedlichen potentiellen Einzahler/innen für Patienten/innen ohne Krankenversicherungsanspruch bzw. mit einem eingeschränkten Versicherungsschutz.

Im Anschluss werden Fragen seitens der Ausschussmitglieder durch Herrn Prof. Trabert und Herrn Dr. Lensch beantwortet.

Die PowerPoint-Präsentation über das vorgetragene Konzept wird den Ausschussmitgliedern als Anlage zur Niederschrift beigelegt.

Punkt 2 **Aktueller Sachstandsbericht zur Flüchtlingssituation**

Herr Hensel, Amtsleiter des Amtes für soziale Leistungen, stellt die derzeitige Flüchtlingssituation vor. Aktuell betreut die Stadtverwaltung Mainz 8 Gemeinschaftsunterkünfte mit 1.503 Plätzen, wovon 1.115 Plätze belegt sind. Er berichtet, dass die Auslastungsquote auf 74,18 % minimal gesunken sei. Etwa die Hälfte der Personen in Gemeinschaftsunterkünften erhalten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Für die andere Hälfte besteht grundsätzlich keine Verpflichtung zum Wohnen in einer Unterkunft, da sie Leistungen nach dem SGB II und SGB XII erhalten oder ihren Lebensunterhalt durch eigenes Einkommen bestreiten.

Trotz der Corona-Pandemie konnten in den letzten 6 Monaten 227 Menschen aus den Gemeinschaftsunterkünften ausziehen, dem gegenüber stehen 113 Neuzuweisungen.

Die Struktur bezüglich Alleinstehenden, Familien und Paaren hat sich in den letzten Monaten nicht geändert. Etwa 19 % der Geflüchteten kommen aus Afghanistan. 12 % haben ihre Herkunft in Syrien und 11 % in Somalia. Bezüglich der Altersstruktur lässt sich sagen, dass 90 % der Geflüchteten bis 50 Jahre alt sind. Davon sind 1/3 bis 18 Jahre, 1/3 bis 30 Jahre alt und das letzte Drittel bis zu 50 Jahre alt. Nur 1,5 % der Geflüchteten in den Unterkünften sind über 60 Jahre alt.

Die Zahl der unbegleiteten Minderjährigen ist rückläufig. Derzeit werden ca. 80 Geflüchtete vom Amt für Jugend und Familie betreut.

Abschließend werden Fragen seitens des Ausschusses durch Herrn Hensel und Herrn Dr. Lensch beantwortet.

Die Quartalsübersicht über die Auslastung der Gemeinschaftsunterkünfte wird den Ausschussmitgliedern als Anlage zur Niederschrift beigefügt.

Punkt 3 **Sachstandsbericht zum Antrag 1732/2019 Bündnis 90/Die Grünen;**
hier: Obdachlosigkeit von Familien verhindern
Vorlage: 0395/2020/1

Der Sachstandsbericht wird vorgestellt. Herr Abteilungsleiter Scheib erläutert die vereinfachte Kostenregelung für den Wendepunkt. Er ergänzt, dass im Rahmen des Bundesprogramms „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ ein Antrag auf Bezuschussung für den barrierefreien Ausbau gestellt wurde. Zusätzlich soll eine Platzvergrößerung stattfinden. Hier steht der Sozialdienst katholischer Frauen bereits mit der Verwaltung in engem Kontakt. An dem neuen Standort für die Übergangsunterkunft in der Unteren Zahlbacher Straße laufen bereits die Umbaumaßnahmen, sodass ein möglicher Einzug evtl. zum 01.11.2020 erfolgen kann.

Im Verlauf der Erörterungen wird auf einen Tippfehler in der Betreffzeile der Vorlage aufmerksam gemacht. Hier wurde die SPD als Antragstellerin vergessen. Die Beschlussvorlage wird vor der Weiterleitung an den Stadtrat dahingehend korrigiert.

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen. Über die weiteren Entwicklungen wird die Verwaltung regelmäßig in den Gremien berichten.

Punkt 4 **2. Bericht zur Situation der gemeindenahen Psychiatrie in Mainz**
Vorlage: 1169/2020

Frau Horne stellt den Bericht vor und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder. Der erste Bericht wurde 2013 veröffentlicht. Damals wurde beschlossen, die Berichterstattung zu verstetigen und regelmäßig im Abstand von 5 Jahren erneut durchzuführen. Aufgrund des Ausscheidens der Vorgängerin Frau Odenwald und der Neubesetzung der Koordinierungsstelle mit Frau Horne, erfolgt die 2. Berichterstattung nun in 2020.

Ziel der Berichterstattung ist eine Bestandsaufnahme der Versorgung in Mainz. Unter anderem sollen psychische Erkrankungen aufgezeigt werden, über relevante Themen informiert und Empfehlungen bei Bedarf kommuniziert werden. Der 2. Bericht befasst sich auch mit den Veränderungen der Gesetzesgrundlagen seit 2013.

Der 2. Bericht zur Situation der gemeindenahen Psychiatrie in Mainz wird vom Sozialausschuss zur Kenntnis genommen.

Punkt 5 **Sachstandsbericht zu Antrag 1971/2019**
hier: Bessere Versorgung von Schwangeren durch eine Hebammen-
servicestelle in der Stadt Mainz
Vorlage: 0968/2020

Herr Dr. Lensch berichtet, dass ein Konzept zur Einrichtung einer Hebammenservicestelle bereits aktuell von der Verwaltung erarbeitet wird. Es haben bereits Gespräche sowohl mit den Hebammen als auch mit dem Landkreis Mainz-Bingen stattgefunden.

Eine Kooperation mit dem Landkreis Mainz-Bingen erscheint sinnvoll und zielführend, da die Versorgung der Frauen in der Region vom Kreisverband der Hebammen für Mainz und Mainz-Bingen geleistet wird.

Der Sozialausschuss nimmt den Sachstand zur Kenntnis. Die Verwaltung wird in einem weiteren Sachstandsbericht über die Servicestelle informieren.

Punkt 6 **Partnerschaftliche Baulandbereitstellung - Infrastrukturbeitrag und Wohnraumförderung; Beteiligung Planungsbegünstigter an den Kosten der Infrastruktur und Festsetzung eines Anteils von gefördertem Wohnungsbau über einen städtebaulichen Vertrag**

- Infrastrukturbeitrag: Fortschreibung und Anpassung des Grundsatzbeschlusstextes vom

3. Dezember 2014

- Wohnraumförderung: Anpassung des Grundsatzbeschlusstextes vom 3. Dezember 2014

und Ergänzung um die Förderung von selbstgenutztem Wohneigentum

Vorlage: 0866/2020

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt, da im Vorfeld zur Sitzung noch Beratungsbedarf seitens der Stadtratsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen angemeldet wurde.

Punkt 7 **Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 21.11.2019**

Die Niederschrift über die Sitzung vom 21.11.2019 wird ohne Einwände zur Kenntnis genommen.

Punkt 8 **Mitteilungen**

Herr Dr. Lensch empfiehlt die Mitnahme und Lektüre der ausgelegten Broschüre „Miteinander für Integration – Das Ehrenamtsbündnis für Flüchtlingsarbeit stellt sich vor“, eine Präsentation der vielfältigen und vielseitigen Angebotslandschaft ehrenamtlich engagierter Initiativen, Intuitionen und Vereine in der Mainzer Flüchtlingsarbeit.

Außer den Informationen unter TOP 8.1 liegen keine weiteren Mitteilungen vor.

Punkt 8.1 **Bericht zur Vorlage 1128/2020 Gespräch mit Wohnsitzlosen (CDU)**

Auf Bitten von Frau Siebner im Verlauf der Stadtratssitzung vom 01.07.2020 berichtet Herr Dr. Lensch über die Aktivitäten der Verwaltung im Zusammenhang mit einer Gruppe von Wohnungslosen am Fort Hauptstein:

Nach mehreren Gesprächen wurden den Betroffenen Wohnungen angeboten. 2 Männer sind im Juli 2020 in eine Wohnung der Wohnbau Mainz eingezogen.

Im Anschluss tagt der Sozialausschuss als Ausschuss für die Bürgerlichen Hospizien und Mainzer Stiftungen:

Punkt 9

Kuratorium der Jakob-Wucher-Stiftung
hier: Berufung eines neuen Mitglieds
Vorlage: 0439/2020/2

Der Ausschuss fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Sozialausschuss als Ausschuss für die Bürgerlichen Hospizien und Mainzer Stiftungen beruft Herrn Dr. Diether Degreif zum Mitglied des Kuratoriums der Jakob-Wucher-Stiftung und überträgt ihm das Amt des Vorsitzenden.

Ende der Sitzung: 18:20 Uhr

gez.

.....

Dr. Eckart Lensch
Beigeordneter

gez.

.....

Monika Besch
Schriftführung